

BürgerInnenbrief **Mitte**

30. November 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Schönwetter-Sänger +++ Mieten explodieren +++ Recht auf Stadt +++ Jahresrück- & Ausblicke +++ Kulturtipps +++

Mut für das nächste Jahr?



Lautes Pfeifen im Wald: Der Wirtschaftssenator »macht Mut für das nächste Jahr«

Es gibt sie noch – die Schönwetterpropheten. Beispielsweise den Hamburger Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: Durch die kluge Haushalts- und Finanzpolitik des schwarz-grünen Senats werde »passgenau die sich langsam abzeichnende konjunkturelle Erholung gestützt«. Der Hamburger Senat werde trotz aller Sparvorgaben nicht bei den geplanten Investitionen kürzen oder streichen. Positiv sei zudem zu vermelden, dass der Einzelhandel in Hamburg aktuell überdurchschnittlich gut dastehe und auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt besser sei als im Bund.

»Das macht Mut für das nächste Jahr... Klar ist auch: Die Risiken der vor einem Jahr als Finanzkrise gestarteten weltweiten Wirtschaftskrise sind noch nicht komplett ausgestan-

den. Vor allem im Bankensektor wird sich 2010 die Frage der möglichen Regulierung der Institute stellen.«

Auch der Präsident der Handwerkskammer Hamburg, Josef Katzer, gehört zum Chor der Schönredner: »Ich habe von Kündigungen wegen der Krise noch gar nichts gehört.« Hamburger Chefs würden ihre Mitarbeiter kennen und wissen, was auf sie nach einer Kündigung zukommt; stark betroffen von der wirtschaftlichen Talfahrt sind derzeit jedoch Zulieferer, vom Export abhängige Firmen und in Hamburg zudem Betriebe, die mit der Hafenwirtschaft zusammenarbeiten. So beurteilen bundesweit 35% der Zulieferbetriebe ihre Lage als schlecht. Im Vorjahr waren es lediglich 16%. »Die Gewinnmargen werden insgesamt enger«, sagt Katzer. Im Exportgeschäft

seien die Umsätze zum Teil sogar um bis zu 50% gesunken. Eine Kreditklemme sieht der Kammerpräsident in Hamburg jedoch nicht. »Allerdings dauern die Genehmigungen oftmals lange, weil die Banken wegen der hohen Nachfrage überlastet sind.«

Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), die auch im dritten Quartal unter den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise gelitten hat, zeigt sich gleichwohl optimistisch. Sowohl beim Umsatz als auch beim Ergebnis konnte der größte deutsche Seehafenbetrieb zwar nicht an die Werte des Vorjahres anknüpfen. Angesichts des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds und eines voraussichtlich saisonbedingt schwächeren vierten Quartals erwartet der Vorstand, dass das Umschlagsvolumen 2009 auf den Container-Terminals in Hamburg voraussichtlich um mehr als 30% und das Transportaufkommen im Hinterlandverkehr um über 20% unter den Rekordwerten des Vorjahres liegen werde. Aber es gehe aufwärts.

Auch auf deutsche Schiffsbanken kommen riesige Belastungen zu, weil sie binnen drei Jahren eine Flut von Schiffneubauten bezahlen müssen. Einige dieser Neubauten werden mangels Ladung gar nicht Fahrt aufnehmen, also auch keine Einnahmen erzielen, sodass die Eigner Zins und Tilgung schuldig bleiben. Analysten zufolge arbeiten die Werften weltweit gegenwärtig 1.200 Aufträge aus Deutschland ab – für Handelsschiffe im Bestellwert von 57 Mrd. Dollar. 400 bis 480 davon sind Containerfrachter, von denen für rund 60% noch keine Charterverträge abgeschlossen werden konnten, sodass die Eigner, wenn es dabei bleibt, keine Einnahmen haben werden. Da deutsche Banken den Weltmarkt für Schiffsfinauzierungen dominieren, dürfte auch ein großer Teil der für diese Aufträge vergebenen Kredite auf sie entfallen. Allein die HSH Nordbank, der weltgrößte Schiffsfinauzierer, hat Kredite von über 7,4 Mrd. Euro in den Büchern (Stand 30. Juni 2009).

Claus-Peter Offen, Inhaber einer der größten deutschen Reedereien, plädierte denn auf dem Schiffsfinauziererkongress Hansa-Forum Ende November in Hamburg auch für einen staatlichen Schutzschirm über die Branche. »Damit be-

kennt die Branche, dass sie ohne großzügige Staatshilfe nicht auskommt«, fasste zudem der Schifffahrtsexperte Jürgen Dobert die Situation von Emissionshäusern, Reedern und Schiffsbanken zusammen. In welcher Form die Branche gestützt werden soll, blieb auf dem Kongress unklar.

Chorleiter der Schönwetter-Sänger ist immer noch Alt-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: »Die wichtigste Figur, die Deutschland im Wiederaufstieg aus der Krise braucht, ist in dieser freien Welt der Unternehmer. Er ist manchmal noch wichtiger als der Politiker. Wenn wir genug Unternehmer haben, die mutig, risikobereit und sozial sind, die arbeitssam sind und weltweit orientiert denken, dann kommen wir weitaus besser aus den aktuellen Schwierigkeiten, als wenn wir als Politiker die Unternehmer nur beschimpfen und sie vergraulen. Wir diskutieren nur noch über Fehlverhalten von Managern und Boni, anstatt zu sagen, dass Unternehmer und Manager diejenigen sind, die unsere Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze voranbringen müssen und können. Dazu bedarf es allerdings auch einer gewissen Pflege des Unternehmertums. Wer die Unternehmer nicht als zentrale Figur im Gefolge der Krise sieht, sondern glaubt, er könnte sie vernachlässigen, wird scheitern... Ein solches Modell lässt sich nur mit hohen Mehrwertsteuern und niedrigen Unternehmenssteuern erfolgreich umsetzen. Wenn man dazu keinen Mut hat, weil man den Vorwurf fürchtet, es werde den Unternehmern Geld geschenkt und den armen Leuten aus der Tasche genommen, hat man keine Chance. Dabei ist das Blödsinn. Dänemark hat eine Arbeitslosenquote von lediglich 3,5%, aber 25% Mehrwertsteuer und faktisch keinen Kündigungsschutz. Dafür wird den Arbeitnehmern wohl zwei Jahre lang ihr bisheriges Einkommen zu 90% garantiert. Wenn die SPD gut beraten ist, dann versucht sie, solche Wege auszuloten. Aber wenn sie nur gegen das Tor von Schwarz-Gelb anrennt, alles kritisiert, was da geschieht, aber selber nichts positiv entgegengesetzt, wird sie scheitern.« (Interview in der November-Ausgabe des Magazins Cicero)

Ob die bundesdeutsche und die Hamburger SPD für ihren unvermeidlichen Erneuerungsprozess mit diesem Tipp gut beraten ist, lassen wir mal offen.

Viele können sich die Mieten nicht mehr leisten

Wohnen in Hamburg wird immer teurer. Das belegt die Veröffentlichung des Hamburger Mietenspiegel 2009. Um fast 8% sind die Neuvermietungsmieten im Hamburger Bestand frei finanziert Wohnungen seit April 2007 angestiegen – oder knapp 3,7% pro Jahr. Diese Steigerung lag deutlich über der allgemeinen Preisentwicklung: die Mieten stiegen bei Neuvermietung 1,5 mal stärker als die Lebenshaltungskosten. Zudem sind gerade bei günstigeren Wohnungen die Mietpreissteigerungen mit rund 5% überdurchschnittlich stark ausgefallen. Damit verschärft sich auch die soziale Spaltung in Hamburg.

Schon jetzt sind die Mietkosten für viele BürgerInnen eine enorme Belastung. Für eine zunehmende Anzahl von Haus-

halten nimmt die Miete schon 50% ihres gesamten Nettoeinkommens ein. Dennoch sieht der Hamburger Senat keinen konkreten Handlungsbedarf, Senatorin Hajduk warnt gar vor »hektischem Gegensteuern« – purer Zynismus. Die Sorgen und Nöte eines großen Teils der Bevölkerung spielen keine Rolle. Und es kommt noch schlimmer: Kurz- und mittelfristig werden aufgrund des weiterhin bestehenden Mangels an Wohnungsneubau und zunehmender (Alters-)Armut die Wohnverhältnisse noch drückender.

Allerdings: Der Widerstand gegen Gentrifizierung, Verdrängung, Umwandlung und Mietsteigerung wächst. Das Vertrauen der Bürger in die Regierenden, im Angesicht Ihrer



Auch immer teurer: Mietwohnungen in Hamburg-Horn

eigenen Problemlage und Ausgrenzung ist, wie all die Bürgerinitiativen beweisen, schon lange am schwinden.

Der Zehn-Jahresbericht der SAGA, in dem mit keinem Wort der Sozialwohnungsbau erwähnt, sondern an erster Stelle die Wettbewerbsfähigkeit thematisiert wird, spiegelt wider, dass der Senat nicht bereit ist, das stadteigene Instrument zur Entspannung am Wohnungsmarkt zu nützen. Eine Erklärung dafür lässt sich in der Tatsache finden, dass die SAGA Renditen in Millionenhöhe abwirft, die in die Stadtkassen fließen. Im Umkehrschluss heißt dies, dass die Mieter der SAGA einen erheblichen Beitrag leisten, um Finanzlöcher zu stopfen und Leuchtturmprojekte zu finanzieren.

Mitte der 1970er Jahre existierten in Hamburg noch ca. 400.000 Sozialwohnungen, heute sind es nur noch ca. 115.000, und in den kommenden zehn Jahren werden weitere 50.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Eine unbeachtete aber voraussehbare Problemlage ist, dass ein Großteil des Hamburger Wohnungsbestandes, der überwiegend aus den 1950er Jahren stammt, in nächster Zeit sanierungsbedürftig sein wird. Hierzu gehört ein großer Teil der Wohnungen gerade im preisgünstigen Segment.

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg fordert angesichts der gestiegenen Mieten zu Recht den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Wohnen in Hamburg macht arm, gerade für BürgerInnen mit geringem Einkommen und Unterstützungsbedarf wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Situation werde sich noch weiter verschärfen, so der PARITÄTISCHE, da jedes Jahr Tausende Wohnungen aus der Preisbindung fallen. Danach sind die Wohnungsgesellschaften berechtigt, die Miete innerhalb von drei Jahren um bis zu 20% zu erhöhen.

»Der soziale Wohnungsbau wurde zwar von 650 auf 1.000 Wohnungen aufgestockt, aber das ist viel zu wenig«, kritisiert der Geschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hamburg Joachim Speicher anlässlich des Erscheinens des Hamburger Mietenspiegels 2009, »immer mehr Menschen werden aus ihrem

Stadtteil verdrängt, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können.« Es sei Aufgabe der Stadt Hamburg, einkommensschwache und benachteiligte Menschen aktiv zu unterstützen und für ein entsprechendes Angebot zu sorgen. Dementsprechend müsse das preisgünstige Mietwohnungsangebot auf mindestens 250.000 Wohnungen ausgebaut werden.

Dass die Mieten erneut überdurchschnittlich steigen, zeigt die wachsende Dramatik am Wohnungsmarkt und gießt zudem noch Öl ins Feuer. Alle zwei Jahre ist der neue Mietspiegel das Signal für Vermieter, ihre Mieten zu erhöhen – ungeachtet der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt.

Angesichts der sich verschärfenden Situation und der einmal mehr offensichtlich gewordenen Hilflosigkeit des Senates ist ein Kurswechsel in der Wohnungspolitik dringend erforderlich:

- Die SAGA muss wieder als soziales Instrument am Wohnungsmarkt eingesetzt und ein massives städtisches Förderungsprogramm für den sozialen Wohnungsbau aufgelegt werden.
- Aufgrund der besonderen Situation Hamburgs im Bundesgebiet muss es für Hamburg eine Ausnahme bei der Erhebung der ortsüblichen Mieten geben. Es müssen auch die Bestands- und nicht nur die Neuvermietungsmieten in den Mietspiegel einfließen.
- Die Miethöchstwerte für die Empfänger von Hartz IV-Leistungen müssen sofort zum Jahresanfang 2010 angehoben werden und nicht erst mit monatelangen Verzögerungen.
- Für Neuvermietungsmieten muss es eine sozialverträgliche Deckelung geben.

Hintergrundinformationen enthält die Broschüre »Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen!«, die in der Landesgeschäftsstelle sowie im Rathaus kostenfrei zu beziehen ist.



Das Recht auf Stadt und DIE LINKE



Am 11.11.2009 vor dem Elbphilharmonie-Café an der Mönckebergstraße

Ein Blick in die Zeitungen der vergangenen Wochen veranschaulicht, dass offenbar eine neue sozial- und stadtentwicklungspolitisch motivierte Bewegung entstanden ist. In der »Zeit« vom 19.11. ist in einem großen Artikel vom »Hamburg-Wunder: Eine Stadt wandelt ihre Gesinnung« die Rede, die »taz« vom 21./22.11. titelt »Wem gehören die Städte?« und widmet auf der Schwerpunktseite Hamburg eine ganze Seite unter der Überschrift »In die Gänge gekommen«. Das »Abendblatt« räumt in der Ausgabe vom gleichen Wochenende dem »Kampf um das Leben in der Stadt – nirgendwo tobt er so heftig wie in Hamburg« mit einem doppelseitigen Dossier ebenfalls reichlich Platz ein.

Ein Anlass für die Berichterstattung war die Besetzung des Gängeviertels (Neustadt) durch rund 200 KünstlerInnen am 22.8.2009. Mit ihrer Aktion wollten sie dagegen protestieren, dass eines der letzten innerstädtischen Areale mit historischer Gebäudesubstanz dem Abriss preisgegeben und der rendite-trächtigen Bebauung mit gläsern-metallener Büroarchitektur überlassen wird. Zugleich ging es den BesetzerInnen von Anfang an auch darum, nicht nur die katastrophale Raumnot Hunderter »Kreativer«, sondern auch den akuten Wohnungs-

mangel sowie die Mietpreisexplosion in der Stadt insgesamt zu thematisieren.

Sprecher der Gängeviertel-Initiative ist der Künstler Daniel Richter, der in einem Interview im »Hamburger Abendblatt« vom 6.10. ausführte, worum der Konflikt seines Erachtens kreist: »Wenn man sich nur halbwegs für Stadtentwicklung interessiert, kann man beobachten, wie Hamburg überall immer gleicher aussieht. Andererseits wird behauptet, man würde die Stadt lieben und pflegen. Am Ende ist aber doch alles nur Kulturtourismus auf der dämlichsten Ebene... Das Geld geht ja nicht in die Kultur, sondern in die Baufirmen, die die Elbphilharmonie bauen, und den Kulturtourismus. Mit Kulturpolitik hat das überhaupt nichts zu tun.«

Das Besondere dieser Bewegung ist, dass sie nicht bei der falschen Akzentsetzung in der Kulturpolitik stehen bleibt, sondern weit darüber hinaus die allgemeine Ausrichtung der Stadtentwicklungspolitik attackiert. Dies kommt am besten im Aufruf »Not In Our Name, Marke Hamburg!« zum Ausdruck, in dem die Ideologie vom »Unternehmen Hamburg« und der Instrumentalisierung der »kreativen Klasse« als Marketing-Faktor grundsätzlich abgelehnt wird. Der Aufruf ist

erstmal in dem in hoher Auflage verbreiteten Heft »Unter Geiern. Wie Hamburgs Politiker die Stadt verkaufen – und wo der Widerstand dagegen wächst« veröffentlicht und inzwischen von weit mehr als 2.500 Kulturschaffenden unterzeichnet worden (www.rechtaufstadt.net).

Doch der Widerstand ist breiter und setzt sich aus Gruppen und Bürgerinitiativen zusammen, die in ihren Quartieren um die sozialen Lebens- und Wohnrechte streiten, teilweise schon seit vielen Jahren. Am 15.9. haben sich rund 20 dieser Initiativen im »Centro Sociale« getroffen und das »Netzwerk Recht auf Stadt« (RaS) ins Leben gerufen. Vertreten sind Gruppen aus St. Pauli und der Sternschanze, aber auch Altona, St. Georg und Wilhelmsburg entsenden ihre VertreterInnen zu den vierwöchentlichen Plena. RaS versteht sich nach eigenen Angaben als ein Zusammenschluss, der sich »gegen Mieterhöhungen, Privatisierung und Verdrängung, für den Erhalt von Grünflächen, gegen Gentrifizierung« engagiert (centrosociale.breitaufgestellt.de/gentrifizierung/rechtaufstadt).

Um was es sich bei dem Begriff der Gentrifizierung handelt (Aufwertung und Verdrängung zusammen), darauf habe ich schon in den letzten BürgerInnenbriefen hingewiesen. Was aber meint »Recht auf Stadt«? Andrej Holm, einer der profundesten Gentrifizierungskritiker, schrieb dazu unlängst das folgende: »Unter dem Stichwort »Right to the City« (»Recht auf Stadt«) konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche in den städtischen Entwicklungen einfordern. Inhaltlich geht die Forderung nach einem »Recht auf Stadt« auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück, der schon in den 1960er Jahren das »Recht auf Stadt« als ein »Recht auf den Nichtausschluss« von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft konzipierte. Das Verständnis von Stadt bleibt bei Lefebvre jedoch nicht auf der physisch-materiellen Ebene städtischer Infrastrukturen stehen, sondern schließt die Ebenen einer Repräsentation des Städtischen mit ein. Gemeint sind damit alle Formen des diskursiven und instrumentellen Entwurfs künftiger städtischer Entwicklungen. Recht auf die Stadt – so ließe sich dieses Verständnis zusammenfassen – beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Neben den praktischen Ausschlüssen thematisiert die »Right to the City«-Forderung also auch die Beteiligungsformen an der Diskussion um die künftigen Schwerpunkte der Stadtentwicklung. Diese inhaltliche Breite hat das »Right to the City« zu einer attraktiven und vielfach aufgegriffenen Legitimationsformel für städtische Protestbewegungen werden lassen.« (gentrificationblog.wordpress.com/2009/07/29/recht-auf-stadt-soziale-kampfe-in-der-neoliberalen-stadt/).

Ausgehend von dieser Bestimmung lassen sich auch die in Hamburg neuerdings zusammengeschlossenen Initiativen nicht nur als eine Bewegung für den Kampf um die eine oder andere Verbesserung einstufen, sondern es geht darum, städtische Räume für alle zu erhalten bzw. zu schaffen, insbesondere auch für die marginalisierten Gruppen, die in Hamburg

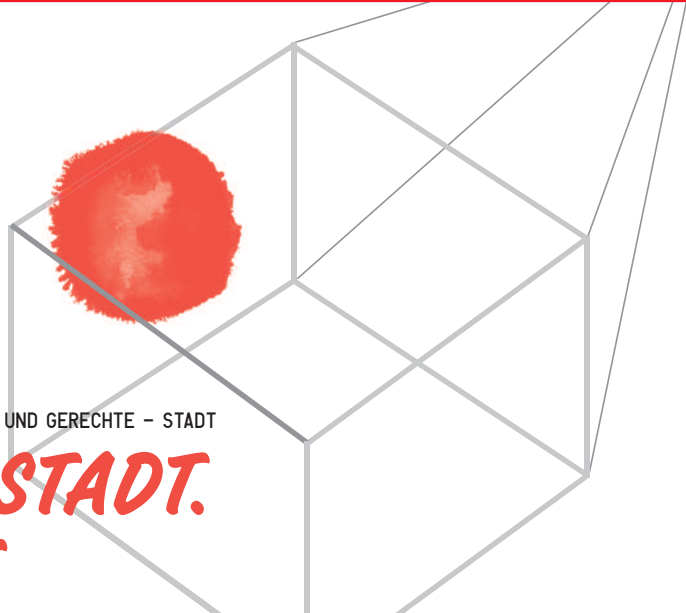
in zunehmendem Maße aus den innerstädtischen Quartieren ausgegrenzt werden. Und es geht konkret darum, nicht länger Objekt – und im Normalfall Opfer – einer am »Unternehmen Hamburg« orientierten Stadtentwicklungspolitik zu sein, sondern selbst maßgeblich darüber mitzuentcheiden, wie sich die Metropole und die einzelnen Viertel entwickeln.

Angesichts dieser höchst kritischen, um nicht zu sagen antikapitalistischen, Leitlinien erstaunt auf den ersten Blick, dass die hamburgische Presse – allem voran die Springer-Zeitungen – der neuen Bewegung ungewöhnlich viel Aufmerksamkeit zollt. Das Kulturangebot einer Stadt ist heute von zentraler Bedeutung für die Attraktivität einer Metropole, sei es für die Anwerbung von hochqualifizierten und gut bezahlten Arbeitskräften, sei es für die Gewinnung von TouristInnen aus der ganzen Welt. Aus einer von mir Anfang September 2009 eingereichten Kleinen Anfrage ergibt sich, wie stark gerade letzterer Bereich boomt: Die Zahl der Hamburg-Gäste hat sich von 1999 mit 2,61 Mio. bis 2008 auf 4,12 Mio. deutlich erhöht, ebenso die Zahl der Hotelübernachtungen von 4,65 auf 7,73 Mio. Bis zum Jahre 2020 soll das Übernachtungsvolumen laut Senatsprognose auf ca. 13 Mio. anwachsen. Klar, dass man sich vor diesem Hintergrund nicht mit den Kulturschaffenden dieser Stadt anlegen möchte, sind sie doch im internationalen Städteranking und in der »Strahlkraft« der Metropolen ein ausschlaggebender Faktor.

Um so positiver ist, dass die MacherInnen von »Not In Our Name« genau dazu kritisch Stellung nehmen, z.B. in einer von den Medien dann deutlich weniger beachteten Presseerklärung vom 3.11. Darin heißt es u.a.: »Das Manifest ist kein »Künstlermanifest«, kein »Aufschrei« oder Forderungskatalog von sich vernachlässigt fühlenden Kreativen, die von Politikern an die Hand genommen werden möchten. Wir machen keine Lobbyarbeit damit und verwahren uns gegen Versuche, uns so zu interpretieren – mögen sie auch noch so wohlmeinend sein. Alles das steht zwar in »Not in our Name, Marke Hamburg!« bereits deutlich drin, aber vielleicht muss man es noch mal und in Großbuchstaben sagen: WIR WOLLEN KEINE GÜNSTIGEN ATELIERS ALS ALIBI EINER STADT, DIE NUR FÜR DIE BESSERVERDIENENDEN DA IST.«

Dass die Presse das dann eher vernachlässigt und – wie seit Wochen im »Abendblatt« zu lesen – gegen etwaige Streichungen im Kulturretat wettet, gleichzeitig aber die bedrohliche Streichung von ca. 7.500 Stellen im öffentlichen Dienst und den damit einhergehenden Abbau staatlicher Leistungen z.B. auf bezirklicher Ebene eher beiläufig erwähnt, verwundert dann schon weniger. Die Interessen der Menschen mit wenig Einkommen, der Marginalisierten, der MigrantInnen usw. sind nicht das zentrale Anliegen der Hamburger Presse, diese Gruppen müssen ihr Recht auf Stadt dauerhaft reklamieren und selbst erkämpfen.

Die Analyse und Kritik der Hamburger Stadtentwicklung seitens der RaS-Gruppen finden sich auch überwiegend in den Positionen der LINKEN. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der RaS-Gruppen, am 18. Dezember nachmittags durch die Hamburger Innenstadt zu demonstrieren und mit einer »Parade« den in den Vierteln angewachsenen Widerstand zu



GEGEN EIN UNTERNEHMEN HAMBURG!
FÜR EINE GRUNDSÄTZLICH ANDERE – SOZIALE UND GERECHTE – STADT

RECHT AUF STADT. DIE PARADE

Wir sind wütend - und das aus den unterschiedlichsten Gründen. Wir beobachten, wie Gebäude leer stehen, während Parks und Grünflächen für neue Bürokomplexe zubetoniert werden. Wir kennen die Tücken des Wohnungsmarktes und erfahren, dass es immer weniger Sozialwohnungen in Hamburg gibt. Wir sehen, dass teure Prestigeobjekte am Hafenrand wachsen und luxuriöse Eigentumswohnungen in den als besonders attraktiv geltenden Vierteln gebaut werden. Wir sind Zeugen steigender Mieten und verfolgen, wie lang ansässige Familien und Gewerbe verdrängt, Kettengastronomien aufgezogen, Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt und öffentliche und kulturelle Räume beschnitten werden. Schon jetzt müssen viele Menschen ihren Stadtteil verlassen, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können.

Deshalb gehen wir auf die Barrikaden gegen die Privatisierung von Stadt und gegen eine Politik, die allein auf die Rendite schießt und unbeirrt weitere prestigeträchtige Großprojekte an Land ziehen will. Wir wollen keine Stadt, die als Unternehmen profitabel am Markt positioniert wird.

Hamburgs Leitbilder der unternehmerischen und wachsenden Stadt - egal ob mit oder ohne Weitsicht - sind nicht die unsrigen. Wir nehmen nicht länger hin, dass der Senat unsere Bedürfnisse und Lebensqualität dem Standortmarketing und dem Wirtschaftswachstum kategorisch unterordnet. Die Unsummen, die die Stadt derzeit z.B. in die HSH-Nordbank, die Elbphilharmonie und die U4 pumpt, holt sie sich über

Verdrängung von Hartz-IV-EmpfängerInnen:
Seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze wurden bislang in Hamburg ca. 10.000 Haushalte zum Umzug (Kostensenkung bei den Unterkunftskosten) durch die Sozialbehörde aufgefordert.
[Quelle: Hochrechnung von Marc Meyer (Mieter helfen Mietern) aus veröffentlichten Zahlen der Sozialbehörde]

Entwicklung von Sozialwohnungen:
Von in Hamburg ehemals 400.000 Wohnungen im Jahre 1975, gab es 1993 noch 211.000, aktuell existierten noch knapp 112.000, 2016 werden es nach ExpertInnenangaben nur noch 82.000 sein. Jährlich fallen durchschnittlich 5.000 Wohnungen aus der Sozialbindung, gleichzeitig ist fast die Hälfte aller Hamburger Haushalte sozialwohnungsberechtigt. [Quelle: Jahresbericht WK]

Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich wieder. Auf der Strecke bleiben alle, die nicht ins Bild eines prestigepolierten Hamburgs passen. Wir stellen die soziale Frage und sagen: Die Stadt gehört allen, und die Stadt muss für alle bezahlbar sein!

Wir wollen über Wünsche reden: In was für einer Stadt möchten wir eigentlich leben? Wer entscheidet, was gebaut wird, wie wir uns fortbewegen und wer sich wo aufhalten darf? Wie hoch dürfen die Mieten sein? Wie umweltfreundlich ist diese Stadt? Und wie kinderfreundlich? Wie wird die Energie gewonnen, die in der Stadt verbraucht wird? Diese und viele andere Fragen müssen wir stellen. Was uns eint, ist die Forderung nach einem Recht auf Stadt für alle!

ZAHLEN FAKTEN DATEN ABSURDITÄTEN

Ver(sch)wendung öffentlicher Gelder

1,3 Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen fließen in die **Hafencity** (allein die U-Bahn soll 323 Mio. Euro kosten).

[Quelle: Hafencity Hamburg GmbH & Hamburger Hochbahn]

Senat investiert 323,3 Mio. EUR für den Bau der **Elbphilharmonie** (statt des Festpreises von 114,3 Mio. EUR, dem die Bürgerschaft im März 2007 zugestimmt hatte). [Quelle: Hamburger Senat]

Die Stadt spendierte 30 Millionen Euro für den Umbau des Kaispeicher B zum **Tamm Museum**, in dem seit 2008 Peter Tamm seine höchst umstrittene Militärsammlung ausstellen darf.

Hamburg und Schleswig Holstein haben zur Rettung der **HSH Nordbank AG** einen Risikoschirm von zehn Milliarden Euro und eine Kapitalzufuhr in Höhe von drei Milliarden Euro bereit gestellt.

2,9 Milliarden Euro investiert der Senat bis 2015 in den **Hafen**. [Quelle: Wirtschaftsbehörde Hamburg]

Mieten: Die Hamburger/innen geben durchschnittlich 36-45 % ihres Monatseinkommens fürs Wohnen aus. Für eine Wohnung mit Mietpreisbindung beträgt der Schnitt in Hamburg dagegen nur 31-37 %. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 25,5 %. [Quelle: Mieter helfen Mietern]

Steigerung der Mieten bei Neuvermietung von 2005 bis 2009: z.B.

- St. Pauli: + 27,7 Prozent
- St. Georg: + 11,2 Prozent
- Altona-Altstadt: + 12,2 Prozent
- Ottensen: + 8,4 Prozent

[Quelle: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH]

SAGA: Die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA machte 2008 106,5 Mio. Euro Gewinn (nach Steuern), 2007 waren es 86,2 Mio. Diese Profite werden auf dem Rücken der MieterInnen gemacht. Was ist eigentlich das Unternehmensziel der SAGA? Preisgünstigen Wohnraum für breite Schichten zu gewährleisten oder Millionengewinne für den Senat zu erwirtschaften, um so genannte Leuchtturmprojekte, wie die Elbphilharmonie, die U-Bahn in die Hafencity, usw. zu finanzieren?
[Quelle: SAGA/GWG Geschäftsbericht]

Deshalb demonstrieren wir, besetzen Häuser und Plätze, feiern Straßenfeste, spielen Benefiz-Konzerte, tanzen Walzer, schreiben Briefe, stören Sitzungen, gründen Initiativen und organisieren Vernetzungstreffen. Wir sammeln uns, tauschen uns aus, bündeln unsere Kräfte und nehmen uns das 'Recht auf Stadt'. Wir sind es, die entscheiden, wie wir leben wollen, und nicht die Politik, Stadtplanung oder die Wirtschaft.

Daher lassen wir uns nicht vom schwarz-grünen Senat besänftigen, mit ein paar Ateliers hier und ein wenig wohldosierter Großzügigkeit da. Wir wissen, dass die Politik weiter munter mit Investoren verhandelt, Autobahnen nicht nur in Wilhelmsburg plant, Parks verbaut und Trassen für Kohlekraftwerke durchdrückt. Den Parteien und PolitikerInnen, die sich plötzlich an unsere Seite stellen und glauben, in unserem Namen sprechen zu können, sagen wir: Wir verzichten auf politische 'Geschenke', die lediglich darauf abzielen, uns ruhig zu stellen. Was wir wollen, ist eine grundsätzlich andere - eine soziale, gerechte und demokratische - Stadt!

Viele Menschen in Hamburg stellen sich bereits diese Fragen und werden aktiv. Wir sind viele und es werden täglich mehr. Reiht euch ein, bringt eure Nachbarinnen und Nachbarn mit. Seid dabei, wenn wir bei der 'Recht auf Stadt'-Parade unseren vielfältigen Protest auf die Straße tragen. Wir bleiben unkalkulier- und unplanbar!

Unterzeichnende:

AKU - Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg | Altes Zollhäuschen hinterm Elbtunnel | Apfelbaum braucht Wurzelraum | Centro Sociale | Einwohnerverein St. Georg | Elbtrennenhäuser | Es regnet Kaviar | Frappant e.V. | Gartenkunstnetz e.V. | Grünzug Altona | Hände weg vom Isebek | Kein IKEA in Altona Bürgerinitiative | Komm in die Gänge! | LOMU | Mieter helfen Mietern Hamburger Mieterverein e.V. | Moorburgtrasse stoppen | No BNQ! | Pferdemarkt bleibt! Initiative | Rote Flora | Villenbrechen | Vorwerkstift | Wasserturm-Ini | We make the City |

Obdachlosigkeit

In Hamburg gibt es offiziell 1.000 obdachlose Menschen (2009), dazu kommen 4.463 wohnungslose Menschen (2007). Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegt. [Quelle: Fachstelle für Wohnungsnotfälle und Behörde für Soziales und Familie]

Armut

43 % der Kinder unter sieben Jahren in HH-Mitte sind auf staatliche Hilfe angewiesen. [Statistisches Landesamt Nord 2009]

Reichtum

EinwohnerInnen Hamburgs, die pro Kalenderjahr ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als einer Million Euro erzielen: 880; Anzahl von Angehörigen dieser Gruppe, bei denen im Jahr 2007 eine Betriebsprüfung stattfand: 11.

Derzeit unvermietete Büro- und Gewerbefläche in Hamburg: 968. 800 qm.

In der Hafencity entstehende Büro- und Gewerbefläche: 950. 000 qm
[Quelle: Hamburger Abendblatt 25.11.09]

Vermögenssteuer:

Bis zu 21 Milliarden Euro zusätzlich könnte der Staat pro Jahr einnehmen, wenn die Vermögenssteuer (1997 abgeschafft) wieder erhoben würde. (Freibetrag von 500.000 Euro und Steuersatz von 1%) [Quelle: DIW]

+++++

RECHT AUF STADT. DIE PARADE

Freitag, 18.12.09, Moorweide (gegenüber Dammtorbahnhof)

Auftakt: 16:30 Uhr | Start der Parade: 17:00 Uhr

Weitere Infos unter: www.rechtaufstadt.net

+++++

präsentieren. Mit dem Motto »Wir nehmen uns das Recht auf Stadt. Unternehmen Hamburg abwickeln – Die Stadt zurückerobern!« soll aus den reinen Abwehrkämpfen herausgekommen werden, um nachhaltigen Einfluss auf die Ausrichtung der städtischen Entwicklung im Interesse der dort lebenden Menschen zu nehmen.

DIE LINKE muss sich in diese Auseinandersetzung einbringen. Schon jetzt sind viele unserer Mitglieder in den Initiativen engagiert und tragen den Protest in die Stadtteile. Aber es sollten noch mehr Quartiere und Initiativen, insbesondere aus den benachteiligten Großsiedlungen am Stadtrand, einbezogen werden. Die bisherigen (Teil)Erfolge jedenfalls sind er-

mutigend. Ich selbst werde versuchen, die in RaS-Zusammenhängen entwickelten Forderungen und Konzeptionen zum Thema in den Bürgerschaftsdebatten zu machen und damit den Senat auch auf dieser Ebene unter Druck zu setzen. Ähnliches dürfte für die Abgeordneten der LINKEN in den verschiedenen Bezirksversammlungen gelten.

Ende November muss der Senat auf eine umfassende Große Anfrage der LINKSFRAKTION zum Thema Gentrifizierung in Hamburg und in einzelnen Quartieren reagieren. Sollte dabei verwertbares Material zustande kommen (man weiß bei den Antworten des Senats ja nie so genau...), werde ich im nächsten BürgerInnenbrief berichten.

Jahresrück- und Ausblicke



Ein bewegtes Jahr: Vom Sommerfest zum Jahresabschlusstreffen

Ein bewegtes Jahr neigt sich langsam dem Ende zu. Zeit also, die Höhen und Tiefen noch einmal Revue passieren zu lassen. Zusammen mit Bernhard Stietz-Leipnitz, dem Vorsitzenden der Fraktion der LINKEN in der Bezirksfraktion Hamburg-Mitte, möchte ich daher die Gelegenheit ergreifen, zu einem kleinen Jahresabschlusstreffen einzuladen:

- am **Sonntag, den 20. Dezember 2009**
- von 11 bis 14 Uhr
- im Gemeinschaftsraum der Drachenbau-Wohngemeinschaft in der Schmilinskystraße 6a (Hinterhof)

Wir wollen an diesem Vormittag in lockerer Form außerhalb des üblichen Versammlungsrhythmus zusammenkommen, miteinander klönen, aber auch auf das Jahr 2009 zurück- und auf 2010 vorausschauen.

Für Kaffee, Tee und einen kleinen kulturellen Beitrag sorgen wir. Großartig wäre es, wenn möglichst viele einen Beitrag für das Büffet beisteuern könnten. Damit wir einen Überblick bekommen, wie viele GenossInnen teilnehmen werden, wäre eine Rückmeldung an Michael.Joho@linksfraktion-hamburg.de gut.

Kultur Tipp: Stadtmusikanten als Hausbesetzer



Aus der Programmankündigung des Monsun-Theaters

Der Dezember ist traditionell der Monat der Weihnachtsmärchen für Kinder, und so hat sich auch das **Monsun-Theater** in der Friedensallee 20 ein Grimmsches Werk vorgenommen, geeignet allerdings mehr für Erwachsene. Das Stück frei nach einer Idee von Iring Fetscher trägt den schönen Titel »Die Bremer Stadtmusikanten oder: Die erste alternative Hausbesetzung«. Das altbekannte Märchen wird auf die Jetztzeit übertragen, und die vier Stadtmusikanten werden von DarstellerInnen gegeben, die ohne Arbeit, ohne Wohnung und ohne Zukunft zu sein scheinen. So machen sich die vier auf den Weg, irgendwo unterzukommen, und finden schließlich ein Obdach in einer »Villa reicher Unternehmer, die an dem Elend anderer ihr Geld verdienen«. In einer gemeinsamen Aktion jagen sie den eine neue Gaunerei ausheckenden Unternehmern Angst ein und veranlassen sie zur Flucht – und zur Erfahrung, was Obdachlosigkeit bedeutet. Premiere ist am **9. Dezember**, weitere Aufführungen sind für den **10., 11., und 12. Dezember** jeweils um 20 Uhr angesetzt. Der Eintritt beträgt 15/12 Euro.

Wer den Diskurs sucht und sich für Stadtentwicklung interessiert: Im Museum für Hamburgische Geschichte (Holstenwall 24) geht es am **8. Dezember** um 18 Uhr um das »Wohnen in der Innenstadt: Nur noch für Reiche?« (u.a. mit Renate Szameitat von der GEWOS GmbH und Michael Osterburg von der GAL Hamburg-Mitte) und **tags darauf**, ebenfalls um 18 Uhr, um die Problematik »Die Innenstadt verändert ihr Gesicht – zum Besseren? Aktuelle Verdichtungsprobleme in der City« (u.a. mit Oberbaudirektor Jörn Walter und Markus Schreiber, dem Bezirksamtsleiter Mitte). Der Eintritt beträgt jeweils 4/2 Euro.

Ein aufmerksamer Leser des letzten BürgerInnenbriefes hat darauf hingewiesen, dass aus Anlass des 100. Geburtstag des FC St. Pauli eine weitere Publikation erschienen ist: **FC St. Pauli – Der Kampf geht weiter**. Hermann Schmidt beschreibt darin »Neues aus dem Leben eines Fans« (Verlag Die Werkstatt, 9,90 Euro). Vier Bücher für den Kiezklub (ich hoffe, ich habe nicht noch eines vergessen) – wenn das nicht für den Aufstieg reicht...

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**